

# Kandidaten debattieren nicht mit der AfD

Die übrigen Parteien nehmen an keiner Podiumsdiskussion mit Beteiligung der „Alternative für Deutschland“ teil

Im Oberhausener Landtagswahlkampf wird es keine Podiumsdiskussionen aller Kandidatinnen und Kandidaten geben, wenn die AfD ebenfalls eingeladen ist. CDU, SPD, Grüne, Linke sind sich darüber einig, an keiner Veranstaltung mit AfD-Beteiligung teilzunehmen.

Offiziell verkündet haben dies bereits die Kandidatinnen und Kandidaten des Wahlkreises 57 (Oberhausen-Sterkrade/Dinslaken): Simone-Tatjana Stehr (CDU), Stefan Zimkeit (SPD), Niklas Graf (Die Grünen), Christian Rösen (Die Linke) und Bettina Piechatzek (FDP). Die Kandidaten des Wahlkreises 56 (Oberhausen) werden aber wohl noch nachziehen, erste Signale wurden bereits gesendet.



Es ist nicht das erste Mal, dass sich Mitbewerber um ein politisches Amt in Oberhausen der AfD verweigern: Bereits bei der Wahl zum Oberbürgermeister 2020 hat es keine gemeinsamen Termine gegeben. Ganz anders ein Jahr später: Bei der Bundestagswahl 2021 diskutierten Politiker etwa im Bertha-von-Suttner-Gymnasium sehr wohl auch mit dem AfD-Kandidaten.

Doch nach dem Vorbild der Oberbürgermeisterwahl hat die Initiative des „Runden Tisches gegen Rechts“ beziehungsweise des „Antifaschistischen Bündnisses Oberhausen“ nun eine gemeinsame Erklärung für die diesjährige Landtagswahl entwickelt.

## **Keine Bühne für Hass, Hetze und Rassismus**

„Der Wahlkampf darf für die Verbreitung von Hass, Hetze und Rassismus keine Bühne einräumen“, heißt es darin. Politische Konkurrenz bedeute keine Feindschaft. Doch „der demokratische Grundkonsens und die Werte unserer Verfassung dürfen auch in einem leidenschaftlichen Wahlkampf keinen

Schaden nehmen“. Bei aller politischen Unterschiedlichkeit treten die Kandidaten dafür ein, „dass unsere Demokratie gestärkt wird und politischer Wettbewerb unsere Gesellschaft nicht spaltet“.

Oberhausen und Dinslaken seien weltoffene und tolerante Städte, die Menschen seien friedliebend, demokratisch und sehen sich den Menschenrechten verpflichtet. „Gleichzeitig erleben wir, dass es rechtsradikalen und rechtspopulistischen Kräften in den vergangenen Jahren vermehrt gelungen ist, ein Klima der Angst, Desinformation und Intoleranz zu schüren.“ Es sei das Ziel solcher Bestrebungen, Menschen gegeneinander zu treiben, die Grenzen des Sagbaren zu



**Olaf Wilhelm tritt als Kandidat für die AfD im Wahlkreis Sterkrade/Dinslaken an.** FOTO: MICHAEL DAHLKE / FFS

verschieben und die Gesellschaft zu entsolidarisieren.

An Podiumsdiskussionen mit AfD-Beteiligung könne daher keiner der Kandidatinnen/Kandidaten guten Gewissens teilnehmen.